

Antrag

der Abg. Andrea Bogner-Unden u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Europa an den Schulen des Landes auch in herausfordernden Zeiten stärken

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welchen Stellenwert die Landesregierung der Vermittlung eines europäischen Bewusstseins im Grundsatz sowie einer konstruktiv-kritischen Herangehensweise an die derzeit bestehenden Herausforderungen der EU (Brexit, Rechtspopulismus, Corona-Pandemie, Klimaschutz) im Unterricht an den Schulen des Landes beimisst;
2. inwiefern der durch die Corona-Pandemie notwendig gewordene Fernunterricht und Homeschooling die Behandlung und Vermittlung des Themas Europa verändert hat und ob die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Unterricht besonders thematisiert wird;
3. wie das Thema Europa in den neuen Bildungsplänen der verschiedenen Schularten verankert wird, unter Berücksichtigung von Fächern, Jahrgangsstufen, Stundentafel und Deputatsstunden;
4. wie das Thema Europa insbesondere im ab 2021/2022 geltenden Bildungsplan für die beruflichen Gymnasien umgesetzt werden soll;
5. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, das Thema Europa auch an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen sowie Gemeinschaftsschulen noch stärker zu behandeln und erlebbar zu machen und dadurch zur Bildung eines europäischen Bewusstseins der Schülerinnen und Schüler beizutragen;

6. ob seitens des Landes Anstrengungen unternommen werden, um auch den Austausch von Schülerinnen und Schülern mit Ländern, in denen europakritische Tendenzen stärker werden, zu fördern, um so ein Bewusstsein für die gemeinsame europäische Kultur, Werte, Geschichte und Zukunft zu vermitteln;
7. welche über den Schulunterricht hinausgehenden Angebote den Schulen offenstehen, um den Schülerinnen und Schülern die Ziele, Probleme und Visionen des europäischen Integrationsprozesses nahezubringen und Europa praktisch erfahrbar zu machen und wie diese genutzt werden;
8. welche Möglichkeiten es für Schülerinnen und Schüler gibt, die europäischen Institutionen in Brüssel und Straßburg zu besuchen, wie häufig diese wahrgenommen werden und welche Fördermittel dafür zur Verfügung stehen, wenn möglich differenziert nach Schulart und Jahrgangsstufe;
9. wie sich die Vermittlung des Themas Europa im Bereich der Lehrerbildung und der Lehrerfortbildung in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und welche Möglichkeiten der Vertiefung sie sieht.

12. 11. 2020

Bogner-Unden, Frey, Dr. Murschel, Säbel,
Andrea Schwarz, Wehinger, Lösch GRÜNE

Begründung

Die Errungenschaften der Europäischen Union – allen voran Zusammenarbeit statt Nationalismus, die Überwindung trennender Grenzen und seit 70 Jahren Garant für Frieden zwischen den Mitgliedstaaten – sind für die junge Generation heute selbstverständlicher Alltag. Sie müssen aber immer wieder neu verteidigt und gefestigt werden. Die vielfältigen Krisen und äußeren Herausforderungen, die die Europäische Union Europa in den letzten Jahren zu bewältigen hatte und hat, haben in Teilen der Bevölkerung zu einer Europaskepsis geführt, der die EU-Kommission und auch die Landesregierung durch einen breiten Dialogprozess zur Zukunft Europas entgegenzutreten will.

Es liegt in der Verantwortung unserer Bildungseinrichtungen, europäische Identität gerade bei jungen Menschen zu vermitteln und zu stärken und die Chancen der europäischen Integration und deren Weiterentwicklung frühzeitig zu vermitteln. Schülerinnen und Schüler leben die Errungenschaften der Europäischen Union zumeist, ohne dass ihnen die Gefahren für den Zusammenhalt der EU bekannt sind. Im Unterricht kommt es darauf an, die Grundlagen des Prozesses der europäischen Integration zu vermitteln und auch ihre Defizite zu erarbeiten. Dabei bieten der Brexit, die Finanzkrise, Demokratiedefizite, Überregulierung und aktuell die durch die Corona-Pandemie hervorgerufene globale und europaweite Wirtschaftskrise Ansatzpunkte, um eine Identifikation mit der EU – ihren Vorteilen und ihren Fehlentwicklungen und daraus abgeleitetem Änderungsbedarf – zu bewirken. Es gehört zum Bildungsauftrag unserer Bildungseinrichtungen, Europa positiv erlebbar und erfahrbar zu machen, auch für Jugendliche aus bildungsfernen Schichten. Dazu sollten EU-Projekte und Austauschprogramme noch breiter als bisher beworben werden. Lehrerinnen und Lehrer brauchen Anreize und Schulung, um sich mit ihren Schülerinnen und Schülern an Ausschreibungen und bestehenden Angeboten zu beteiligen. Zu prüfen ist, ob ergänzend zu bestehenden Angeboten auch neue Projekte initiiert werden können.

Dieser Antrag will auf Grundlage einer Bestandsaufnahme der Vermittlung Europas und der EU im Unterricht ausloten, durch welche weitergehenden Maßnahmen das Bewusstsein für Europa und eine stärkere Identifizierung mit der EU bei Schülerinnen und Schülern aller Schularten und Jahrgangsstufen angestoßen werden kann.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2020 Nr. 25-/6520. 1-020 /273/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Der vorliegende Berichtsantrag der Abg. Bogner-Unden u. a. GRÜNE knüpft eng an die Drucksache 16/2661 an. Um Dopplungen zu vermeiden, wird auf die Beantwortung der Drucksache 16/2661 hingewiesen.

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. welchen Stellenwert die Landesregierung der Vermittlung eines europäischen Bewusstseins im Grundsatz sowie einer konstruktiv-kritischen Herangehensweise an die derzeit bestehenden Herausforderungen der EU (Brexit, Rechtspopulismus, Corona-Pandemie, Klimaschutz) im Unterricht an den Schulen des Landes beimisst;

Die Landesregierung misst der Europabildung an den Schulen weiterhin einen hohen Stellenwert bei. Auch die aktuellen Herausforderungen wie die Corona-Krise, Rechts- und Linkspopulismus, der Klimawandel oder der Brexit zeigen, wie bedeutungsvoll ein gemeinsames Vorgehen und eine an Werte gebundene gemeinsame Grundhaltung in Europa sind. Aktuell hat die Kultusministerkonferenz die Handreichung „Europabildung an der Schule“ aus dem Jahr 1978 überarbeiten lassen und am 15. Oktober 2020 neu beschlossen.

2. inwiefern der durch die Corona-Pandemie notwendig gewordene Fernunterricht und Homeschooling die Behandlung und Vermittlung des Themas Europa verändert hat und ob die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Unterricht besonders thematisiert wird;

Wie in allen Ländern dienen in Baden-Württemberg die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) als Leitlinie für die Lehr- und Bildungspläne. Die Bildungspläne in Baden-Württemberg legen fest, über welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Schullaufbahn verfügen müssen. Aufgrund dieser Kompetenzorientierung des Bildungsplans 2016 haben die Schulen insgesamt eine größere Freiheit bei der Auswahl von konkreten Themen und Unterrichtsgegenständen.

Die Corona-Pandemie stellte (und stellt) die Schulen vor große Herausforderungen. Die Phase des Fernlernens während des Lockdowns und die sich daran anschließende Phase des Wechsels zwischen Fernlernen und Präsenzunterricht wurde von den Lehrkräften an allen Schulen mit großer Einsatzbereitschaft und hohem Verantwortungsbewusstsein ausgestaltet. Ob und in welcher Form die Fernlernphasen bis zu den Sommerferien 2020 die Behandlung des Themas Europa im Unterricht verändert haben, kann nicht festgestellt werden, da die fachliche und pädagogische Verantwortung für die Vermittlung des Bildungsplans bzw. für die Auswahl einzelner Themen bei den jeweiligen Lehrkräften an den Schulen verortet ist.

Für die Ausgestaltung des Regelbetriebs unter Pandemiebedingungen hat das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung curriculare Orientierungen erstellt, die Ausgangspunkt der unterrichtlichen Planungen an den Schulen sein können. In diesen curricularen Orientierungen sind u. a. Inhalte, die für den Fernunterricht geeignet sind, gekennzeichnet. Dies betrifft auch Inhalte rund um das Thema Europa.

Insbesondere im Rahmen der politischen Bildung haben die Schulen die Möglichkeit und sind dazu angehalten, tagesaktuelle Themen im Unterricht aufzugreifen und diese anhand aktueller Informationen aufzubereiten. Dies betrifft auch die Diskussion der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Bildungsplan 2016 für das Fach Gemeinschaftskunde in der Sekundarstufe I führt hierzu aus: „Die Auswahl von Lerngegenständen orientiert sich an aktuellen Problemen und Lösungsvorschlägen. Auswahlkriterien wie Betroffenheit (Relevanz für die gegenwärtige Lebenssituation und Interessen) und Bedeutsamkeit (Relevanz für die Allgemeinheit oder die Zukunft) fördern die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit den Problemen.“

3. wie das Thema Europa in den neuen Bildungsplänen der verschiedenen Schularten verankert wird, unter Berücksichtigung von Fächern, Jahrgangsstufen, Stundentafel und Deputatsstunden;

Der Bildungsplan 2016 für die allgemein bildenden Schulen weist bei dem Thema „Europa“ einen spiralcurricularen und mehrperspektivischen Kompetenzerwerb aus. Mit diesem doppelten Ansatz trägt der Plan dazu bei, dass ein umfassender Kompetenzerwerb bei den Lernenden stattfinden kann, der über die gesamte Schulzeit angelegt ist. Dies ist – auch aus lernpsychologischer Sicht – einem singulären, auf eine bestimmte Lernzeit beschränkten Kompetenzerwerb zu diesem Thema vorzuziehen.

Spiralcurricular bedeutet, dass das Thema „Europa“ im Unterricht zahlreicher Fächer der verschiedenen Klassenstufen altersgemäß und aufeinander aufbauend thematisiert wird.

Grundschule

Bereits in der Grundschule ist eine Begegnung mit „Europa“, z. B. im Sachunterricht, möglich: „Die Schülerinnen und Schüler können räumliche Situationen (...) beschreiben, bildlich festhalten (zum Beispiel mit „mental maps“ zum Wohnort, zu Baden-Württemberg, zu Deutschland, zu Europa, zur Welt) und die Ergebnisse mit Darstellungen auf Karten vergleichen.“ (Klassen 3/4, 3.2.4.1)

Weiterführende Schulen

Als zentrales Beispiel sei das Fach Gemeinschaftskunde genannt, welches in der Mittelstufe folgende Fragestellungen aufgreift: „Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess in der EU einzubringen, und wie die Macht zwischen den Organen der EU verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen innerhalb der EU zusammenwirken (Ordnung und Struktur), wie sich Entscheidungen der EU auf das Leben der Bürger auswirken und ob die EU erweitert werden soll (Interessen und Gemeinwohl).“ (Gymnasium, Klassen 8/9/10, 3.1.4.2)

In der Kursstufe der gymnasialen Oberstufe findet darauf aufbauend eine Vertiefung mit folgenden Fragestellungen statt: „Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt ist, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird und welchen Einfluss nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle haben (Macht und Entscheidung) [...]“ (Gymnasium, Klassen 11/12 [Leistungsfach], 3.3.2.3)

„Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, inwieweit der Staat auf nationaler oder europäischer Ebene in den Bereichen der Beschäftigungs- und Fiskalpolitik in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen soll (Privatheit und Öffentlichkeit), wie er die Prozesse in diesen Bereichen koordinieren soll und welchen Rahmen die Geldpolitik für wirtschaftliches Handeln bildet (Macht und Entscheidung).“ (Gymnasium, Klassen 11/12 [Leistungsfach], 3.3.3.3)

Mehrperspektivisch bedeutet, dass für die Lernenden der Kompetenzerwerb aus den Blickrichtungen unterschiedlicher Fächer angelegt ist. Signifikante Beispiele dafür sind im Folgenden aufgeführt:

Geographie

Im Kompetenzbereich „Analyse ausgewählter Räume in Deutschland und Europa“ können „Schülerinnen und Schüler [...] einfache Wechselwirkungen zwischen dem Naturraum und der Vielfalt menschlichen Handelns erklären und daraus resultierende, nachhaltige Handlungsperspektiven darstellen.“ (Gymnasium, Klassen 5/6, 3.1.5.1), (Sekundarstufe I, Klassen 5/6, 3.1.5.1)

Geschichte

Im Kompetenzbereich „Orientierung in der Zeit“ können „Schülerinnen und Schüler [...] den historischen Zeitraum, der in der Klasse 10 Gegenstand des Geschichtsunterrichts ist, anhand folgender Daten charakterisieren: [...] ab 1950: Beginn der Europäischen Integration, [...], ab 2009 Europäische Union.“ (Gymnasium, Klassen 9/10, 3.3.0), (Sekundarstufe I, Klasse 10, 3.3.0)

Sie „können den Prozess der Europäischen Integration mit der Entwicklung Russlands, Chinas und der Türkei aus historischer Perspektive vergleichen sowie mögliche Entwicklungsszenarien erörtern.“ (Gymnasium, Klassen 9/10, 3.3.7)

Sie „können den Prozess der Europäischen Integration charakterisieren und dessen Bedeutung und Entwicklungschancen beurteilen.“ (Sekundarstufe I, Klasse 10, 3.3.2)

Französisch

Im Kompetenzbereich „Soziokulturelles Orientierungswissen“ können „Schülerinnen und Schüler [...] ihre interkulturellen, sprachlichen und medialen Kompetenzen auf der Basis von Kenntnissen in folgenden Themenbereichen anwenden: z. B. Eckdaten und wichtige Etappen der deutsch-französischen Geschichte und ihrer Bedeutung für Europa.“ (Gymnasium, Klassen 9/10, 3.3.1)

Griechisch

Im Kompetenzbereich „Antike Kultur“ erwerben „Schülerinnen und Schüler [...] ein historisches und kulturelles Orientierungswissen über die griechische Antike [...]. Sie erkennen, dass die griechische Kultur bis in die Gegenwart als prägende Kraft für Europa rezipiert wird; dafür finden sie Beispiele auch in ihrem eigenen Lebensumfeld.“ (Gymnasium, Klassen 8/9/10, 3.1.5)

Die oben zitierten Beispiele aus dem Bildungsplan Gymnasium sind – mit Ausnahme von Griechisch – in identischer oder ähnlicher Weise auch im Gemeinsamen Bildungsplan der Sekundarstufe I bzw. im Oberstufenplan der Gemeinschaftsschule zu finden.

4. wie das Thema Europa insbesondere im ab 2021/2022 geltenden Bildungsplan für die beruflichen Gymnasien umgesetzt werden soll;

Im Pflichtfach Geschichte mit Gemeinschaftskunde werden die Themen fast durchgängig nicht nur aus deutscher, sondern auch aus europäischer Perspektive betrachtet. Insgesamt werden die folgenden drei Bildungseinheiten behandelt: BPE1: Wege in die moderne Gesellschaft, BPE 2: Demokratie und Diktatur in Deutschland und Europa im 20. und 21. Jahrhundert, BPE 3: Deutschland, Europa und die Welt nach 1945. Die Inhalte, anhand derer diese europäische Perspektive besonders eingenommen wird, sind u. a.: die Gründung freiheitlicher Nationalstaaten in Europa (BPE 1), die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die EU, die Auswirkungen der NS-Politik auf Europa, die politische Willensbildung, Partizipationsmöglichkeiten und politische Entscheidungsprozesse in Deutschland und Europa, die europäische Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg (BPE 2), die Teilung Deutschlands und Europas nach 1945 und der westeuropäische Einigungsprozess sowie die Überwindung der Teilung (BPE 3).

Neben der Landeskunde in den europäischen Fremdsprachen Englisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Russisch spielt die EU in den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern im Bereich des Außenhandels und der gemeinsamen Währung Euro eine Rolle. Im Fach Ethik existiert die Einheit „Recht und Gerechtigkeit“. Innerhalb dieser Einheit werden auch aus der europäischen Perspektive die Menschenrechte und die globale Friedensordnung thematisiert.

5. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, das Thema Europa auch an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen sowie Gemeinschaftsschulen noch stärker zu behandeln und erlebbar zu machen und dadurch zur Bildung eines europäischen Bewusstseins der Schülerinnen und Schüler beizutragen;

Das Fach Gemeinschaftskunde, welches das Thema „Europa“ im besonderen Maße aufgreift, zielt auf den mündigen Bürger, der auch Verbraucher ist und als solcher selbstbestimmt und verantwortungsvoll handeln soll. Die Stellung des Verbrauchers zu stärken, ist Aufgabe der Politik, die im Mehr-Ebenen-System vor allem auch durch Initiativen der Europäischen Union bearbeitet wird. Der Gemeinschaftskundeunterricht kann bei den Themen Recht, Europäische Union und Problemlösefähigkeit des politischen Systems zur Verbraucherbildung beitragen.

Schülerinnen und Schüler können sich verstärkt mit dem Thema Europa durch die Beteiligung an Schulprojekten innerhalb des Schulcurriculums sowie durch die Teilnahme an Wettbewerben auseinandersetzen. Beispielhaft seien hier der „Europäische Wettbewerb“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und der Kultusministerin oder der „Verbraucherschutzpreis für Schulen“ (ausgelobt vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz), der multiperspektivisch angelegt ist, genannt.

Neben den curricular verankerten Themen und Kompetenzen im Bildungsplan 2016, insbesondere im Fach Gemeinschaftskunde, bestehen vielfältige Möglichkeiten das Thema Europa im Rahmen des Schulcurriculums und in schulischen Projekten aufzugreifen. So sind zum Beispiel Aktionen der Schülermitverantwortung oder im Rahmen eines Sozialcurriculums denkbar. Auch Projekt- oder Aktionstage zum Thema „Unser Europa“ sowie Musik- und Kunstprojekte sind möglich.

6. ob seitens des Landes Anstrengungen unternommen werden, um auch den Austausch von Schülerinnen und Schülern mit Ländern, in denen europakritische Tendenzen stärker werden, zu fördern, um so ein Bewusstsein für die gemeinsame europäische Kultur, Werte, Geschichte und Zukunft zu vermitteln;

Erasmus+

Eine sehr wichtige Maßnahme zur Förderung eines intensiven Austauschs über Ländergrenzen hinweg ist das EU-Programm Erasmus+. Es ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa. In der letzten Förderperiode (2014 bis 2020) standen für ganz Europa Mittel in Höhe von 14,7 Milliarden Euro zur Verfügung, die es über vier Millionen Europäerinnen und Europäern ermöglichten und ermöglichen, im Ausland zu studieren, sich weiterzubilden, Berufserfahrung zu sammeln oder Freiwilligenarbeit zu leisten oder an internationalen Schulprojekten und Lehrerfortbildungen im Ausland teilzunehmen. Bei diesen Projekten können Programmländer (= alle Länder der EU) und Programmländer außerhalb der EU (z. B. Norwegen, Türkei), aber auch andere Partnerländer (z. B. Albanien) teilnehmen. Die Auswahl der Länder und Partnerschulen obliegt den einzelnen Schulen. Ziel dieser europäischen Begegnungen ist es u. a., ein gemeinsames Bewusstsein für Europa und den europäischen Gedanken zu fördern. Das Kultusministerium bewirbt die Teilnahme an Erasmus+-Projekten z. B. mit einem Moderatorennetzwerk, das landesweit Informationsveranstaltungen durchführt und auf der Homepage. Des Weiteren werden Schulen und vorschulische Einrichtungen bei der Antragstellung und bei der Durchführung von Projekten unterstützt. Besonders gelungene Projekte werden von der Nationalen Agentur PAD und dem Kultusministerium mit Preisen und Auszeichnungen gewürdigt.

Bei Erasmus+ sind für alle Programmbereiche drei Leitaktionen ausgewiesen:

- Leitaktion 1: Lernmobilität für Einzelpersonen (u. a. für Lehrkräfte und Auszubildende)
- Leitaktion 2: Kooperation für Innovation und Austausch guter Praxis (darunter fallen die Schulpartnerschaften)
- Leitaktion 3: Unterstützung politischer Reformen

In der gesamten Programmlaufzeit wurden insgesamt 672 baden-württembergische Schulen und Einrichtungen im schulischen Bereich gefördert.

Nachfolgeprogramm Erasmus+ 2021 bis 2027

Das EU-Programm Erasmus+ wird ab 1. Januar 2021 fortgeführt. Nach derzeitigem Planungsstand soll das Budget nahezu verdoppelt werden. Auch das Nachfolgeprogramm Erasmus+ soll Schulen und vorschulischen Einrichtungen ein strategisches Instrument für die Weiterentwicklung und Internationalisierung der eigenen Einrichtung bieten. Hierzu beantragen Schulen eine Akkreditierung in der Leitaktion 1. Die Akkreditierung ist wie eine Mitgliedschaft bei Erasmus+ und akkreditierte Schulen können im weiteren Verlauf des Programms jährlich in einem vereinfachten Verfahren Mittel für europäische Begegnungen beantragen.

eTwinning

eTwinning ist Teil des EU-Bildungsprogramms Erasmus+. Mit dem Programm eTwinning haben Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit, sich mit einer Partnerschule digital auszutauschen und an einem gemeinsamen Projekt zu arbeiten. Aktuell sind in Baden-Württemberg 3.380 Lehrkräfte und 1.320 Projekte bei eTwinning registriert.

Schüleraustausche

Grenzüberschreitende Austausch- und Begegnungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler aller Schularten ermöglichen den interkulturellen Austausch und machen Europa erlebbar. Aus diesem Grund fördert und unterstützt das Land seit jeher den internationalen Austausch und internationale Begegnungen baden-württembergischer Kinder und Jugendlicher mit nahezu allen Ländern weltweit. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Austauschen und Begegnungen mit den europäischen Nachbarländern, unabhängig von etwaigen europakritischen Tendenzen. Aus Landesmitteln (Landesjugendplan) werden beispielsweise internationale Schülerbegegnungen mit den Staaten Mittelost- und Osteuropas (MOE-Staaten) gefördert. Bezuschusst werden auf Gegenseitigkeit angelegte Begegnungsprojekte ab der Schulklasse 8 mit Fahrtkostenzuschüssen ins Ausland bzw. Programmkostenzuschüssen bei Begegnungsprojekten im Inland. Einen besonderen Schwerpunkt bietet der Austausch mit Polen, der in Kooperation mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) gefördert wird. Das Land verwaltet außerdem Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), die für außerschulische Begegnungen u. a. mit Tschechien sowie im Rahmen bilateraler Sonderprogramme bereitgestellt werden.

Schulpartnerschaften und Schüleraustauschmaßnahmen sind in Baden-Württemberg nicht meldepflichtig und werden nur erfasst, falls Fördermittel hierfür beantragt werden. Eine Angabe über alle internationalen Schulpartnerschaften ist dem Kultusministerium daher nicht möglich. Bei einer freiwilligen Abfrage im Jahr 2016 haben mehr als 1.000 Austauschbeziehungen von baden-württembergischen Schulen zu Schulen in Europa bestanden. Die tatsächliche Zahl der Austausche liegt naturgemäß deutlich höher.

Baden-württembergische Schülerinnen und Schüler haben außerdem seit Jahren regelmäßig die Möglichkeit, gemeinsam mit Schulklassen aus den Donauanrainern im Rahmen des Donau-Online-Projekts zusammenzuarbeiten. Das Kultusministerium unterstützt das im Schuljahr 2021/2022 erneut stattfindende Donau-Online-Projekt zu einem europabezogenen Thema der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) und des Europa Zentrums Baden-Würt-

temberg (EZBW). Im Anschluss an das Donau-Online-Projekt erhalten ausgewählte Schülerinnen und Schüler der teilnehmenden Klassen die Möglichkeit zur Teilnahme am Internationalen Donaujugendcamp in Ulm/Neu-Ulm.

Schülerinnen und Schülern wird darüber hinaus regelmäßig die Gelegenheit geboten, an der mehrtägigen Veranstaltung „Junge Donaubrücken“ in Wien teilzunehmen und sich dabei mit Themengebieten rund um die EU-Strategie für den Donaauraum sowie der Kultur, Geschichte und aktuellen Lage in den Ländern des Donaoraumes zu beschäftigen.

7. welche über den Schulunterricht hinausgehenden Angebote den Schulen offenstehen, um den Schülerinnen und Schülern die Ziele, Probleme und Visionen des europäischen Integrationsprozesses nahezubringen und Europa praktisch erfahrbar zu machen und wie diese genutzt werden;

Europäischer Wettbewerb

Der vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport geförderte „Europäische Wettbewerb“ ist einer der ältesten Schülerwettbewerbe Europas und begleitet die europäische Integration von Anfang an. Seit 1953 setzen sich Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen und Schulformen kreativ mit aktuellen europäischen Themen auseinander. Der Wettbewerb zielt auf eine vertiefte Auseinandersetzung mit europäischen Themen und Fragestellungen im Unterricht ab. Dadurch haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, die europäische Dimension in unterschiedlichen Facetten im Unterricht zu erschließen. Das Rahmenthema des Europäischen Wettbewerbs orientiert sich nach Möglichkeit am jeweiligen Europäischen Jahr, das von der Europäischen Kommission ausgerufen wird. In diesem Jahr findet bereits der 68. Europäische Wettbewerb mit dem Thema „Digital EU – and YOU?!“ statt. Für den Südwesten hat der Europäische Wettbewerb seit langem einen besonderen Stellenwert, Baden-Württemberg hat den Vorsitz der länderübergreifenden Lenkungsgruppe inne. Regelmäßig stellen Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg bundesweit die höchsten Teilnahmezahlen. Im Schuljahr 2019/2020 beteiligten sich ca. 19.000 Schülerinnen und Schüler an 292 Schulen. 9.198 Wettbewerbsarbeiten wurden an die Landesjury eingereicht, 3.465 Arbeiten konnten mit Orts- und Landespreisen ausgezeichnet werden und 85 Bundespreise wurden verliehen. Bundesweit nahmen mehr als 75.000 Schülerinnen und Schüler teil.

Der Wettbewerb wird auch unterstützt von der Europa-Union Baden-Württemberg und der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg. Sie loben innerhalb des Europäischen Wettbewerbs den Zusatzwettbewerb „Rede über Europa!“ aus. Die Preisträger erhalten neben Geld- und Sachpreisen auch die Möglichkeit, ihre Rede bei entsprechenden Anlässen zu präsentieren.

EU-Schulprojekttag

Zum Auftakt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde im Jahr 2007 erstmals ein bundesweiter EU-Projekttag an Schulen durchgeführt. Am EU-Schulprojekttag beteiligen sich jedes Jahr zahlreiche Schulen u. a. mit Ausstellungen, Info- und Diskussionsforen, Planspielen und Präsentationen. Oftmals werden dazu Mitglieder der Landesregierung, Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg, des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments, Vertreter europäischer Institutionen und andere Europaexperten eingeladen. Im Jahr 2020 ist der EU-Schulprojekttag allerdings aufgrund der Pandemie ausgefallen. Im Jahr 2019 haben 27 Politikerinnen und Politiker Schulen im Rahmen des EU-Schulprojekttags besucht. Die Zahl kann jedoch deutlich höher liegen, da es für diese Art von Veranstaltung keine Meldepflicht gibt und die Politiker selbst mit den Schulen in Kontakt treten können und umgekehrt.

Europaaktionstag

Einmal im Jahr findet in der Stuttgarter Innenstadt der Europaaktionstag statt. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, sich über diverse europäische Themen zu informieren.

Go Europe

Die Broschüre „Go Europe“, die vom Kultusministerium herausgegeben wurde, bietet interessierten Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern einen Überblick über Möglichkeiten, Europa erlebbar und erfahrbar zu machen. Es wird z. B. auf verschiedene europäische Wettbewerbe und Projekte hingewiesen.

Im Übrigen wird verwiesen auf die sehr umfangliche Darstellung in Drs. 16/2661.

8. welche Möglichkeiten es für Schülerinnen und Schüler gibt, die europäischen Institutionen in Brüssel und Straßburg zu besuchen, wie häufig diese wahrgenommen werden und welche Fördermittel dafür zur Verfügung stehen, wenn möglich differenziert nach Schulart und Jahrgangsstufe;

Verschiedene Anbieter und Institutionen, wie zum Beispiel das vom Land geförderte Europa Zentrum bieten Fahrten nach Brüssel und Straßburg an. Viele Schülerreisen finden auch in Verbindung mit Europaabgeordneten statt. Hierzu wird seitens der Kultusverwaltung jedoch keine Statistik geführt.

Im Einzelplan 05 (Ministerium der Justiz und für Europa) sind Mittel für Zuschüsse zur Förderung des europäischen Gedankens veranschlagt. Da Reisen von Schulklassen zu den Europäischen Institutionen diesem Zweck dienen, sind sie grundsätzlich auf Antrag auch förderfähig. Der jährliche Gesamtbetrag der Förderung derartiger Reisen schwankt stark, sodass hierzu keine verlässlichen Angaben gemacht werden können.

9. wie sich die Vermittlung des Themas Europa im Bereich der Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und welche Möglichkeiten der Vertiefung sie sieht.

Zwischen 2011 und 07/2019 haben auf regionaler Ebene ca. 280 Veranstaltungen stattgefunden. Dabei hat sich die Anzahl der Veranstaltungen in diesem Zeitraum von 3 Veranstaltungen im Jahr 2011 auf durchschnittlich ca. 40 Veranstaltungen im Jahr erhöht. An der damaligen Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen haben im selben Zeitraum ca. 70 zentrale Fortbildungen stattgefunden. Die Anzahl der Fortbildungen pro Jahr blieb im Durchschnitt konstant. Im Zeitraum 08/2019 bis 11/2020 haben ca. 35 weitere regionale und zentrale Veranstaltungen stattgefunden.

Die Bildungsministerinnen und -minister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben sich mit der Pariser Erklärung 2015 für die Förderung von politischer Bildung im Sinne einer umfassenden Citizenship Education und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung eingesetzt. Darauf aufbauend haben sie 2018 eine Empfehlung zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht beschlossen.

Das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung bietet jährlich eine zentrale Fortbildung mit dem Titel „Deutschland und Europa“ an der Außenstelle in Bad Wildbad an. Im Fokus stehen dabei die oben beschriebenen Aspekte.

In den Ausbildungsstandards der Seminare für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte wird das Thema im Grundschulbereich im Kontext des Europalehramts aufgeführt: Die Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter besitzen eine interkulturelle Kompetenz, die es ihnen ermöglicht, den Schülerinnen und Schülern den Europagedanken nahe zu bringen.

Weiter wird in der gesamten Lehrerausbildung der Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern der politischen Bildung, insbesondere der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg – z. B. im Bereich der Planspieldidaktik – und der Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg, aber auch durch Exkursionen und Realbegegnungen der angehenden Lehrerinnen und Lehrer, Rechnung getragen.

Das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung fördert im Auftrag des Kultusministeriums die lebensnahe Vermittlung des Themas Europa in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung, indem es beispielsweise im beruflichen Bereich aktiv die Antragstellung von EU-Mobilitätsprojekten mit dem Einsatz von Erasmus+ Moderatoren unterstützt. In Zusammenarbeit mit der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) leiten die Erasmus+-Moderatoren jährlich zentrale und regionale Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte und Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Ziel der Fortbildungsmaßnahmen ist es, die Anzahl der Mobilitäten von baden-württembergischen Bildungsinstitutionen ins europäische Ausland zu steigern. So wird einem wachsenden Kreis von Bildungspersonal, Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden die Gelegenheit gegeben, die europäische Idee in den Mobilitätsprojekten persönlich zu erfahren.

Die deutsch-französische Akademie der beruflichen Bildung (ABB) widmet sich seit ihrer Gründung im Jahr 2005 dem Thema Europa durch die spezifische Förderung der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Frankreich. Im Rahmen der jährlich in Kooperation mit den französischen Akademien Straßburg, Dijon, Lyon und Besançon durchgeführten Kontaktseminare werden gezielt langfristig angelegte Partnerschaften zwischen beruflichen Schulen aus Baden-Württemberg und Frankreich initiiert und gefördert. Der gemeinsame fachbezogene Unterricht wird, durch von der ABB gestaltete Seminare zur interkulturellen Kompetenz, professionalisiert. In diesen Seminaren spielt neben der Gegenüberstellung der unterschiedlichen Bildungssysteme auch das Thema Europa eine zentrale Rolle.

Das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung hat im Jahr 2019 bereits zum zweiten Mal ein Mobilitätsprojekt für Bildungspersonal beantragt. Zielgruppe dieses Projekts sind Vertreterinnen und Vertreter von Schulleitungsteams. Dieser internationale Fortbildungsansatz bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern neben einem vertiefenden Einblick in das allgemeine und berufliche Bildungssystem Spaniens die Gelegenheit, Schulpartnerschaften zu erkunden, um für die wachsende Anzahl von Spanisch lernenden Schülerinnen und Schülern schulische Austauschmöglichkeiten zu schaffen. Das Projekt wird nach seinem Abschluss auf Erfolg und Nachhaltigkeit evaluiert. Zudem wird geprüft, ob zukünftig weitere ähnlich orientierte EU-Projekte beantragt werden.

Des Weiteren beteiligten sich baden-württembergische Institutionen der Lehrkräfteaus- und -fortbildung, beispielsweise die Außenstellen des ZSL oder die Seminare für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, regelmäßig an europäischen Partnerschaftsprojekten. Hierbei werden beispielsweise gemeinsame Aspekte der Lehrerbildung sowie pädagogische und didaktische Konzepte mit Partnerinstitutionen aus anderen Bildungssystemen in Europa weiterentwickelt.

Dr. Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport